

Kurzwahlprogramm FDP Kreis Euskirchen: „Zukunft des ländlichen Raumes“

(das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter www.fdpkreiseuskirchen.de)

Die FDP stellt die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger vor staatliche Lenkung und baut auf die Eigenverantwortung, ohne den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Die FDP tritt ein für Bürgerrechte, Bildung und soziale Marktwirtschaft in einer lebenswerten Umwelt. Die FDP ist die Partei, die offensiv die Zukunftsaufgaben im Kreis Euskirchen angeht. Deshalb sehen wir folgende Schwerpunkte für unsere politische Arbeit im Kreis Euskirchen:



Bildung, Jugend, Familie und Inklusion

- Entwicklung eines langfristigen Konzeptes zur sonderpädagogischen Förderung im Kreis, das qualitativ hochwertige inklusive Bildung sowie ein erreichbares Förderschulangebot sichert. Die Schließung von Förderschulen auf dem Land lehnen wir ab.
- Erstellung eines Masterplans für die Schulentwicklung, der auch die Potentiale kommunaler Zusammenarbeit nutzt.
- Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und Fachhochschulen aus unserer Region.
- Ausbau des Kontaktes zwischen Unternehmen, Kultur und Wissenschaft.
- Forderung nach Ansiedlung einer Fachhochschule und einer Meisterschule.
- Langfristig will die FDP alle Bildungsangebote im vorschulischen Bereich beitragsfrei anbieten. Gegenwärtig haben allerdings für uns Ausbau der Plätze und höhere Qualität des Bildungsangebotes Vorrang.
- Eine einseitige Bevorzugung einer Schulform beim Ausbau der Ganztagsbetreuung lehnen wir ab.
- Erhalt von Betreuungseinrichtungen für Jugendliche.

1

Haushalt, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Verwaltung

- Der Kreis Euskirchen darf nicht weiter auf Rechnung der Kommunen freiwillige Ausgaben beschließen, die die Städte und Gemeinden über die Kreisumlage zu finanzieren haben.
- Wir wollen sämtliche Ausgaben in Gemeinschaft mit den Städten und Gemeinden auf ihre Notwendigkeit und Bezahlbarkeit überprüfen, und den Standard von gesetzlichen Pflichtaufgaben einer ernsthaften Überprüfung auf Einsparpotential unterziehen.
- Wir fordern die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, wonach Aufgaben von Bund und Land nur dann weitergegeben werden dürfen, wenn die dafür erforderliche Finanzausstattung bereitgestellt wird.

- Starres Denken in Kreis- und Gemeindegrenzen lehnen wir ab. Begonnene Kooperationen wie zum Beispiel zwischen den Gemeinden Hellenthal, Kall und der Stadt Schleiden sollen erweitert werden.
- Öffentliche Förderprogramme müssen auch denjenigen Gemeinden zugänglich gemacht werden können, die bislang aus haushaltstechnischen Gründen ihren häufig notwendigen Ko-Finanzierungsanteil nicht aufbringen konnten.
- Die bürokratischen Hemmnisse, die zum Beispiel kleine Handwerksbetriebe bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu überwinden haben, müssen deutlich reduziert werden.
- Wir fordern, dass die EU-Förderung für den Bereich des Tourismus erhalten bleibt.
- Für die Anwerbung und den Verbleib von Fachkräften werden wir uns dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem abwechslungsreichen Freizeit- und Kulturangebot und einer guten Verkehrsanbindung an die Städte um die ländliche Region geschaffen werden.

Soziales

- Anschubfinanzierte Aufgaben müssen dringend auf die Zeit der Bezuschussung befristet werden.
- Wir fordern eine ehrliche Diskussion darüber, welche Gelder und Mittel insgesamt bei Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt werden. Hier sind auch Beiträge zum Beispiel zur Sozialversicherung, Kindergartengebühren und Unterstützungen beim ÖPNV einzubeziehen.

Kultur und Sport

- Wir setzen uns dafür ein, dass das gute und breit gefächerte kulturelle Angebot im Kreis Euskirchen erhalten bleibt, und unterstützen Initiativen, die sich für eine weitere Vermarktung der vorhandenen kulturellen Angebote einsetzen.
- Wir möchten, dass auch bei der Planung von Sport- und Freizeitstätten die Zusammenarbeit aller Kommunen weiter verbessert wird.
- Wir unterstützen einen pragmatischen und undogmatischen Denkmalschutz. Gerade denkmalgeschützte Gebäude prägen unsere Ortschaften und tragen zur touristischen Entwicklung unserer Region bei.

Infrastruktur und Daseinsfürsorge

Wir werden uns für folgende verkehrspolitische Infrastrukturprojekte einsetzen: den sofortigen Lückenschluss der A 1 zwischen Blankenheim und Rheinland-Pfalz, den Ausbau der Ortsumgehung Euskirchen-Kuchenheim, die Ortsumgehung Mechernich-Roggendorf, den Autobahnzubringer für das Schleidener Tal, den Bau eines Autobahnanschlusses in Satzvey, die Ortsumgehung Weiler in der Ebene, den Ausbau der L 110 zwischen Neuhaus und Dahlem.

Zur Sicherstellung der Daseinsfürsorge unterstützen wir

- ,dass Bedarfsplanungen für Ärzte und Zuteilungen aus Strukturfonds nicht an Gemeinde- oder Landesgrenzen festgemacht werden.
- eine Stärkung der Krankenhaus-Standorte im Kreis.
- die Sicherung der häuslichen Versorgung von pflegebedürftigen Menschen.
- eine Förderung der Ausbildung und der sozialen Anerkennung der pflegenden Berufe.
- kommunale Initiativen für ärztliche Neu-Niederlassungen und Praxisübernahmen in Gebieten mit drohender Unterversorgung.
- innovative Kooperationsformen wie Ärzte-Netzwerke oder vernetzte Zweigpraxen als neues Versorgungsmodell für den ländlichen Raum.

Energiepolitik

- Wir sprechen uns gegen zu kleine Abstandsflächen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung aus und fordern, dass die Städte und Gemeinden auch weiterhin einen Mindestabstand von 1.500 Metern beschließen können.
- Biogas- und Windkraftanlagen sollten nur an ausgewählten Standorten errichtet werden dürfen.
- Fernnetze helfen, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Netzausbauplanung muss mit den Kommunen unter rechtzeitiger Einbeziehung der Bürger erfolgen, damit ein möglichst hoher Grad an Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen erreicht wird.
- Für uns ist Energieeinsparung noch immer die beste Form, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern.
- Für neue Energieanlagen sollen daher Ko-Finanzierungsmodelle zwischen Kommunen und engagierten Bürgern entwickelt werden.
- Grundwasserbelastungen sind immer zu vermeiden.
- Wir lehnen den weiteren Ausbau von Monokulturen für die Energiegewinnung ab.

Land- und Forstwirtschaft

Wir treten ein für die Stärkung der Eigenverantwortung statt der Bevormundung von Land- und Forstwirten, für weniger Bürokratie statt immer neuer Auflagen, für Marktöffnung statt Abschottung und für Fachlichkeit statt Ideologie.

- Die Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Flächen muss künftig auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben
- Neben der Erholungsfunktion muss der Wald auch die Funktion als Wirtschaftswald weiter erfüllen können.